



© bilderstockphoto - stock.adobe.com

Die Linke

Fraktion im
Sächsischen
Landtag

Altersarmut
zurückdrängen!



Alle Menschen haben ein sorgenfreies Leben im Alter verdient. Soziale Sicherheit bedeutet mehr als Nahrung oder Kleidung: Sie bedeutet, am Leben teilhaben zu können, anstatt ins gesellschaftliche Abseits gedrängt zu werden. Immer mehr Menschen in Sachsen droht jedoch ein sorgenvoller »Ruhestand«, in dem sie sich bis zum Sterbebett täglich fragen müssen: Reicht das Geld?

Im Freistaat gibt es über eine Million Altersrentnerinnen und Altersrentner. Viele kommen nicht oder kaum über die Runden. Eine Besserung ist nicht in Sicht: Das Rentenniveau sinkt seit Jahren. Lag es zu Zeiten der Kohl-Regierung noch bei durchschnittlich 53 Prozent des letzten Durchschnitts aller Arbeitseinkommen, soll es bis 2029 auf 43 Prozent sinken. Gegenwärtig liegt es bei nur noch 48 Prozent.

In Sachsen erhalten Männer derzeit durchschnittlich nur etwas mehr als 1.000 Euro Rente, Frauen deutlich weniger. Die Zahl der Grundsicherungsbeziehenden hat sich zwischen 2003 mehr als verdoppelt. Auch Erwerbsminderungsrenten liegen in der Regel unter der Armutsgrenze. Rentenerhöhungen sind zwar erfreulich – die Lage von Altersarmen lindern sie aber kaum, und die Besteuerung setzt bei einer viel zu geringen Rentenhöhe an. Immer mehr Menschen sind gezwungen, im Alter zu arbeiten.

Vor allem Langzeitarbeitslose werden massenhaft mit Abschlägen zwangsverrentet. Für sie ist Altersarmut vorprogrammiert. Doch auch viele andere leiden unter der Erhöhung des Renteneintrittsalters. Tausende Menschen müssen dennoch vorzeitig in Rente gehen, vor allem aus gesundheitlichen Gründen. Sie müssen teils empfindliche Einbußen hinnehmen. Auch lückenhafte Erwerbsbiografien und geringe Löhne verschärfen die Altersarmut weiter.

Was tun? Die gesetzliche Rentenversicherung stärken!

Schon oft wurde deren Ende vorausgesagt, weil es wegen des demografischen Wandels zu wenige Beitragszahlerinnen und Beitragszahler gebe. Diese Argumentation ignoriert mindestens die Entwicklung der Produktivität: Aufgrund des technologischen Fortschritts können immer weniger Menschen in kürzerer Zeit größere Werte erarbeiten. Dennoch stimmt auch die CDU-geführte Staatsregierung das Loblied auf private Vorsorge an – wer sie sich nicht leisten könne, dem müsse eben die Grundsicherung reichen. Eine Altersvorsorge nach dem Kapitaldeckungsprinzip ist aber nur für Banken und Versicherungen eine Profitquelle.

Die Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Rentenversicherung lassen sich lösen, ohne das Eintrittsalter zu erhöhen. Es müssen einfach alle Einkommensbeziehenden einzahlen – auch Freiberufler, Selbstständige, Abgeordnete oder Beamte. Wer mehr als 8.450 Euro brutto im Monat verdient, soll Rentenbeiträge auf das gesamte Einkommen entrichten. Enorme Einkommen sollen nicht mehr durch eine »Beitragsbemessungsgrenze« geschont werden. Für Spitzenverdienende muss die Rentenhöhe gedeckelt werden.

Außerdem müssen soziale Lebensleistungen wie Kindererziehung und Pflegetätigkeit stärker berücksichtigt werden. So lässt sich die gesetzliche Rente retten und eine armutsfeste Mindestrente schaffen. Nicht zuletzt muss der Mindestlohn regelmäßig angehoben werden, damit er vor Altersarmut schützt.